

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R P D.

Ausschluß der Sowjetgenossenschaften Aufnahme der Faschisten in den IGB.

Seit Jahren führen die Genossenschaftsreformisten den härtesten Kampf für den Ausschluß der Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. Die deutschen reformistischen Führer haben dabei die aggressivste Politik gegen die bolschewistischen Genossenschaften betrieben und durch ihre Diskreditierungskampagne in der Presse und ihre unerschütterlichen Vorstöße in den Sitzungen des IGB, die Reformisten der anderen Länder übertrumpft.

Während die Sowjetgenossenschaften aus dem IGB herausgeschmissen werden sollen, wachen unter den reformistischen Genossenschaftsführern die Bestrebungen für die Aufnahme der faschistischen Genossenschaften ins IGB. Seit Monaten finden in der Genossenschaftspresse eifrige Diskussionen für die Aufnahme der Faschisten statt.

Die Verdrößerung der Genossenschaftsreformisten mit dem Faschismus geht soweit, daß in der „Kommunistischen Rundschau“ vom Februar d. J. erklärt werden konnte, die reformistischen italienischen Genossenschaften hätten ihr „Schicksal“ selbst verschuldet, weil sie nicht immer politisch „neutral“ gewesen seien. Die Zerstörung der reformistischen Genossenschaften durch Mussolini würde also damit entschuldigt, daß die Faschisten nur der Not gehorcht hätten gegen die reformistischen Genossenschaften vorgehen mußten. Die deutschen reformistischen Führer haben sich damals noch formal von dieser faschistischen Propaganda des Direktors der Endopost Genossenschaft abgegrenzt und erklärt, daß die faschistischen Genossenschaften ebensowenig wie die Sowjetgenossenschaften in den IGB gehören. Dieses Vorgehen der Reformisten und Konjunktur war nur ein taktisches Mittel, das nicht allzulange aufrechterhalten werden konnte.

Jetzt haben auch die deutschen Reformisten offen ihr sozialfaschistisches Gesicht gezeigt. In der „Kommunistischen Rundschau“ vom 24. August wird von den Zentralinstanzen der Reichsverband D I D e r g vorgebracht, daß die Propaganda für die Aufnahme der Faschisten in den IGB einleitet. Er erklärt förmlich:

„Ohne weiteres, von vornherein könnte sie (die Aufnahme der Faschisten in den IGB) nach meiner Meinung nicht abgelehnt werden. Es wäre bei der Entscheidung genau nachzusprechen, welche Stellung die maßgebenden Organe der Genossenschaften zu den Genossenschaftsprinzipien des Faschismus einnehmen und wie sie die Genossenschaftsprinzipien in der Praxis verwirklichen.“

Obgleich es also für die sofortige Aufnahme der Faschisten in den IGB, ihn macht nur die Frage Sorgen, wie eine „gezielte“ Begründung für diesen Schritt gefunden werden soll. Nur deshalb wird eine Untersuchung über die Tätigkeit der

faschistischen Genossenschaften verlangt. Es konnte auch keine Zweifel über die Stellung der deutschen reformistischen Führer geben. Gerade sie brauchen die Faschisten im IGB, als Bundesgenossen gegen die Sowjetgenossenschaften.

Auch der russische Emigrant Totomianski führt in der „Kommunistischen Rundschau“ vom 1. September das Wort für die Faschisten. Er findet, daß in Sowjetrußland die reformistischen Genossenschaftsführer viel schlechter behandelt worden sind als in Italien, wo sie auch unter dem Faschismus noch „Ansehen“ genießen. Natürlich hat Totomianski völlig „vergessen“, wie die russischen Emigranten gegen den Arbeiter- und Bauernstaat gekämpft haben und wie sich ihre reformistischen italienischen Freunde völlig mit dem Faschismus ausließen. Totomianski schreibt u. a. folgendes:

„Deshalb sind die Vorurteile, die manche ausländischen Genossen der neuen italienischen Genossenschaftsbewegung entgegenbringen, in den meisten Fällen unbegründet, und es ist noch sehr die Frage, wer den westeuropäischen Genossenschaften näherkommt, die in den internationalen Genossenschaftsbund aufgenommen werden könnten, die in den internationalen Genossenschaftsbund aufgenommen werden könnten, die in den internationalen Genossenschaftsbund aufgenommen werden könnten.“

Auch das ist ein klares Bekenntnis für die Faschisten.

Die Zahl der Befürworter unter den reformistischen Führern für die Aufnahme der Faschisten in den internationalen Genossenschaftsbund wird immer größer. Für die übrigen Sozialfaschisten ist es nur eine taktische Frage, wie weit sie sich schon jetzt auch ganz offen mit den Faschisten im IGB verbinden wollen. Auch ohne die formale Zugehörigkeit der Faschisten zum IGB, betreiben die reformistischen Genossenschaftsführer eine sozialfaschistische Politik. Die Freigabe der Klasseninteressen der Genossenschaftsmitglieder, die Beteiligung der Reformisten an Zoll- und Straßensachen ihrer Regierungen, beim Abbau der Erwerbslosenunterstützung, die Verweigerung der proletarischen Klassenkollaboration in Arbeiterkämpfen, die völlige Ausschaltung mit den kapitalistischen Trübsal, die Beteiligung an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion — all das sind untrügliche Beweise für die reformistische, Klassenverräterische und sozialfaschistische Politik der Genossenschaftsbürokratie.

Die revolutionären Genossenschaftler führen den härtesten Kampf gegen den Ausschluß der Sowjetgenossenschaften aus dem IGB, und gegen die Aufnahme der Faschisten in den IGB. Dieser Kampf ist aber nur ein Stück des Kampfes gegen die reformistische Verräterpolitik auf allen Gebieten.

und. Das werden ihm seine Freunde lehren. Wo die „demokratische“ Klasse die Aufrechterhaltung der Positionen der SPD in den Konjunkturvereinen gefährdet, wendet die Bürokratie offene sozialfaschistische Methoden an, wie es das Vorgehen gegen Merleburg und die terroristischen Gewalttate in Berlin zeigen. Die Opposition führt den härtesten Kampf gegen diesen sozialfaschistischen Kurs der Genossenschaftsbürokratie für die Umgestaltung der Konjunkturvereine zu proletarischen Klassenorganen, weil auch dann erst eine wirkliche proletarische Mitgliederdemokratie möglich ist.

Die „Förderung“ der Konjunkturvereine durch die sozialdemokratische Kommunalpolitik

Die Reformisten betrachten die Genossenschaften als eine der Säulen der „Wirtschaftsdemokratie“. Durch diese „Wirtschaftsdemokratie“ soll mit der Entwicklung der Genossenschaften, den eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, der Kommunalisierung und Verstaatlichung, das Hinzuwachsen in den sozialistischen Zukunftsstaat erfolgen. Wir wollen uns hier nicht weiter mit dem Umfang der „Wirtschaftsdemokratie“ beschäftigen, die seinem weiteren Zwecke dient, als den politisch ungeschulten Arbeitern einen neuen „Dol“ zu geben, wie T a r n o w auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress sagte.

In dem sozialdemokratischen Organ „Die Gemeinde“, Nr. 20, Jahrgang 1928, sind die kommunalpolitischen Richtlinien des SPD. veröffentlicht. Man sollte nun annehmen, daß nach der Theorie der „Wirtschaftsdemokratie“ den Konjunkturvereinen eine große Rolle beigemessen wird. Aber weit gefehlt. Nach diesen Richtlinien verschwinden die Konjunkturvereine völlig oder sollen in Abhängigkeit der Gemeinden gemacht werden. Diese Richtlinien müssen in ihrem ganzen Charakter als das SPD-Kommunalsprogramm betrachtet werden. Was dort im einzelnen gefordert wird, steht natürlich im Gegensatz zur täglichen Politik der SPD in den Gemeinden. Auch soweit dieses „Programm“ Gebiete der Konjunkturvereine berührt, steht dieses im strengen Widerspruch zur Wirklichkeit. So wird in dem Abschnitt „Vorbereitungen an die Gesetzgebung“ und in dem Abschnitt „Gemeindefinanzwesen“ die Kommunalisierung der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung gefordert. Unter Abschnitt „Lebensmittelversorgung“ heißt es dann weiter:

„Organisatorischer Zusammenhalt der Gemeinden mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher zwecks Verfertigung der Einwohner mit guten und preiswerten Lebensmitteln.“

Wir wollen uns mit der Feststellung begnügen, daß, wie in allen anderen Punkten des „Programms“, es sich auch in diesem Punkte um hohle Phrasen handelt. Innerhalb hätte man annehmen sollen, daß die Genossenschaftssozialisten es sich verbieten hätten, daß hinsichtlich ihrer Bewegung solche, mit ihrer Tätigkeit in Widerspruch stehenden Forderungen hineingetragen wären. Aber das Durcheinander in der SPD, die Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten sind so groß, daß es überhaupt nichts mehr ausmacht, wenn der für die Augen der Arbeiter als Sand bestimmte Haufen zum größten Wüsten wird. Das dürfen die Genossenschaftsmitglieder bei den Kommunalwahlen nicht vergessen, wo die SPD, wieder am ihre Stimmen duldet. O.

Genossenschaftliche Rundschau

Freundschaftliche Solidarität des Konjunkturvereins Merleburg. Der Konjunkturverein Merleburg, der wegen Unterdrückung der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen aus dem Verbande ausgeschlossen wurde, hat den im letzten Kampf beständigen Selbstarbeitern in Westfalen proletarische Solidarität bewiesen. Er hat einige Lebensmittelaufstellungen durchgeschickt.

Steuerverbelastung der Konjunkturvereine und des Einzelhandels. Eine Reihe Kleinrentner behaupten fälschlich, daß die Konjunkturvereine überhaupt keine Steuern zahlen bzw. große Steuererleichterungen genießen würden. Die „Produktion“ in Hamburg hat deshalb jetzt einen Vergleich angestellt, in welcher Weise sie mit dem Jahresumsatz von 77 Millionen Mark im Jahre 1928 zu den Steuern betragener wurden, im Gegensatz zu 750 Einzelhändlern, auf die der Umsatz der „Produktion“ verteilt wurde. Während die „Produktion“ 1.290.987 Mark an Steuern zahlen mußte, hatten die Kleinrentner nur 873.688 Mark aufzubringen. Die Mehrbelastung der „Produktion“ betrug also 417.299 Mark oder 32,3 Prozent. Sozialer Tribut verlangt der kapitalistische Staat mit seiner Koalitionspolitik, den Arbeiter- und Steuerern der Konjunkturvereine.

Neuer Zollwucher. Die Großrentner, denen die Koalitionspolitik in den letzten Monaten bereits einen beträchtlichen Teil ihrer Wünsche erfüllt hat, sind wieder mit neuen Zoll- und Kreditforderungen an den Plan getreten. Die „Junker der grünen Front“ verlangen u. a. auch die Erhöhung der Zölle auf Mehl, Fleisch und Butter. Auch eine andere Preissteigerung der Kartoffeln soll durch die Errichtung einer Zentralfabrik für Kartoffelverarbeitung erreicht werden. Nebenbei muß der härteste Kampf gegen die neuen Pläne der Großrentner und den Zoll- und Steuerwucher der Koalitionspolitik geführt werden.

Konjunkturverein Bochum unterstützt die IGB. Der Konjunkturverein Bochum hat für neun Kinder von Genossenschaftsmitgliedern, die in Sommerlagern der Internationalen Arbeiterhilfe untergebracht waren, den Betrag von je 25 Mark, insgesamt 225 Mark, zur Verfügung gestellt. Diese Unterstützung erfolgt natürlich aus reformistisch-geheulischen Gründen und nicht aus proletarischer Klassenkollaboration. Aber schon die Zusammenarbeit mit der IGB, wie bei dem Bochumer Sozialdemokraten einen schweren Riß der hiesigen Koalitionspolitik einbringen.

Wie sich die „Förderung“ der Konjunkturvereine als Bewegung in kommunistischen Kreisen malt. Die Genossenschaftsbürokratie hat wieder einmal großes Glück gehabt. In der „Rundschau“ vom 14. September veröffentlicht sie wörtlich den Arbeitsplan des IGB. der RPD. für die Genossenschaftsarbeit vom September und Oktober. Damit wird dem Material eine weitgehende Verbreitung zuteil, für die wir den Reformisten nur unseren Dank abtrotzen können. Zeigen doch auch die in dem Arbeitsplan behandelten Fragen erneut, wie ernstlich sich die RPD. bemüht, die Konjunkturvereine aus Kolonnen des Reformismus zu proletarischen Klassenfaktoren zu machen, die ihre ersten und schwersten Aufgaben wirklich erfüllen.

Druck: „Kommunistische Rundschau“ und „Kommunistische Rundschau“ in Berlin, G. M., kleine Kollaborationspresse.

Eingeständnisse eines Reformisten Ausschluß von Merseburg ungeschlechtlich — auch die Ungültigkeitserklärung der Oppositionslisten in Berlin

Im Kampfe gegen die revolutionäre Opposition verwenden die reformistischen Führer häufig das Argument, daß eine Unterdrückung der Arbeiterkämpfe durch die Konjunkturvereine auch „geschlechtlich“ unmöglich sei. Vor allem droht der selbstherrliche Diktator Reich allen Konjunkturvereinen den Ausschluß aus dem Verbande und als gemeiner Denunziant sogar ihre Auflösung durch die Klassenjustiz an, wenn sie ihre proletarischen Pflichten erfüllen. Der Konjunkturverein Merseburg wurde d. J. aus dem Verbande ausgeschlossen, weil er den kämpfenden Mittelsarbeitern proletarische Klassenkollaboration bewies.

In einem Artikel der „Gemeinwirtschaft“ vom September, „Wirtschaftswahl und Genossenschaftsdemokratie“ stellt sich Bergmann auf den Standpunkt, daß die hiesigen Reformisten die Klassenjustiz mit Unrecht zu Hilfe rufen. Er schreibt u. a. wörtlich:

„... und die gelegentliche Verwendung von Genossenschaftsprinzipien für allgemeine, nicht auf die Mitglieder beschränkte Sozialpolitik steht seit den Revolutionen zum Genossenschaftsgeheimnis vom 1. Juli 1922 und 12. Mai 1923... den Genossenschaften frei, so daß auch aus der Beteiligung von Streikverhaftungen, einer der Hauptforderungen politischer eingestellter Genossenschaftler, Rechtsnachteile (die Auflösung nach § 81 Gen.-Ges.) wegen Verfolgung anderer als der in § 1 bezeichneten geistlichen Zwecke) nicht drohen.“

Und weiter gesteht Bergmann:

„Es muß demnach sehr fraglich erscheinen, ob die Unterdrückung wirtschaftlicher Kämpfe anderer Organisationsformen die Genossenschaften nach § 1 und § 81 des Gen.-Ges. der Gefahr der Auflösung aussetzen, wie es der Reichstag des Generalrates des Zentralverbandes annimmt. Wirklich ist es in jedem Falle, eine Entscheidung, die der Unterdrückung der Genossenschaftler zuteilt, auf Drohungen des Gefekes zu führen; und es wäre eine Überprüfung der Auslegung des § 81, insbesondere im Hinblick auf die mehrfachen Änderungen des § 1 nicht ohne Vorteil.“

Bergmann ist nicht für die Erfüllung der proletarischen Klassenaufgaben der Konjunkturvereine, er will nur, daß die Reformisten ihrem Vorgehen gegen die Opposition keine „geschlechtliche“ Begründung geben, so weit sie nicht aus den Paragrafen herausgelesen werden kann. Damit läßt sich dieser Sozialdemokrat unserer Auffassung an, daß bei dem Ausschluß des Konjunkturvereins Merseburg keine Berufung auf Genossenschaftsgeheimnis und Statut möglich ist, sondern daß er ein rein politischer Gewaltakt ist, um die Herrschaft der SPD. in den Genossenschaften aufrechtzuerhalten.

Bekanntlich hat im Januar dieses Jahres die reformistische Bürokratie in Berlin 226 Vorschlagslisten der Opposition für ungültig erklärt und unter erneuertem Druck von Geis und Statut sozialdemokratische Parteimitglieder als „Delegierte der Generalversammlung“ selbstherrlich eingesetzt. Bergmann nimmt auch dazu in seinem Artikel Stellung und schreibt:

„Bei der Konjunkturgenossenschaft Berlin und Umgebung wurden letzten von 400 eingereichten Vorschlagslisten 226 für ungültig erklärt. Der Erklärung genossenschaftlicher Treue

würde es eher dienen, wenn man zur Mängelbeseitigung eine angemessene Frist nach Aufforderung setzte (hierfür vorläufig falls § 21; 8 Tage Frist nach Aufforderung), zumal in die Rechtsunfähigkeitserklärung von Mitgliederlisten, selbst wenn sie einmal nicht rechtmäßig ist, immer wieder auf die Betroffenen den Einbruch genossenschaftswidriger Parteilichkeit macht.“

Bergmann nimmt also als ganz selbstverständlich an, daß das Vorgehen der Reformisten gegen die Opposition in der Regel „rechtmäßig“ ist. Er kann nicht einmal einen sozialdemokratischen Konjunkturverein nennen, in dessen Statuten den Mitgliedern noch gewisse Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden und muß deshalb als Vorbild den von der RPD. beherrschten Konjunkturverein Halle bezeichnen. Ohne sich klar und eindeutig zu der Ungültigkeitserklärung der Oppositionslisten zu äußern, läßt auch hier Bergmann ohne weiteres durchblicken, daß die Ungültigkeitserklärung der Vorschlagslisten „gesetzlich“ und „statutenmäßig“ war.

In dem Artikel werden aber von den Sozialdemokraten auch einige andere Tatsachen eingeschoben, die die Opposition schon seit Jahren häufig festgehalten hat. Bergmann gibt zu, daß das „aktive Interesse der Mitglieder an der Genossenschaft“ nur „gering“ ist. In den Vertreterwahlen beteiligten sich nach seiner Darstellung nur 20 Prozent der Mitgliedschaft. Die Zahl der Mitgliederverhandlungen läßt er „relativ gering“ und führt dafür viele konkrete Beispiele an. Auch die große Passivität der Frauen gesteht er ein, und vieles andere.

Bei den Wahlen sichern sich die Reformisten durch sozialfaschistische Methoden ihre Mehrheiten. Auch dafür führt Bergmann wertvolle Beispiele an, wie die unrichtige Abgrenzung der Wahlbezirke, oder die Ausschaltung des Stimmrechts vieler Mitglieder, das ihnen nach Gesetz und Statut zusteht. Durch die falsche Einteilung der Wahlbezirke entfielen 1. B. in Berlin jeweils auf 71 oder 108, 116, 15, 81, 179 Mitglieder je ein Vertreter. Er befürwortet deshalb den Einzelwahlkreis, den heute die reformistische geleitete Konjunkturvereine nicht haben, sondern nur die unter kommunistischer Leitung stehenden Vereine Halle, Schwarzberg und ein, die sich Bergmann beruft.

Bergmann geht bei seiner „Kritik“ von dem Bestreben aus, die Genossenschaften zu „antipolitischen“. Er empfiehlt eine bessere „Genossenschaftsdemokratie“ als „Mittel zur Förderung der „Genossenschaftsarbeit“. Diese Auffassung ist natürlich falsch. Die Konjunkturvereine dürfen keine Genossenschaftsgeheimnisse und Kollektivgenossenschaftliche Parteipolitik bleiben, sondern müssen proletarische Klassenorgane werden. Solange die Konjunkturvereine von den reformistischen Führern zum Klassenverrat mißbraucht werden, solange muß die revolutionäre Opposition den härtesten Kampf um die Eroberung der Konjunkturvereine führen. Eine Reihe von Eingeständnissen von Bergmann sind unweilschmerzlich richtig. Die hiesigen Bürokratie wird sofort eine Kampagne gegen ihn beginnen, obwohl er sich mit ihnen völlig einig ist und nur andere Methoden des Kampfes gegen die revolutionäre Opposition wünscht. Bergmann übersehen völlig, daß die Streitfragen zwischen den Reformisten und der Opposition keine „geschlechtliche“, sondern politische Kampfstragen